

Unsere Politik für globale Solidarität und Verantwortung

Mit Blick auf die dramatischen Veränderungen in der Welt müssen wir die Entwicklungspolitik in Baden-Württemberg neu justieren. Zehn Jahre nach Verabschiedung der „*Entwicklungspolitischen Leitlinien für Baden-Württemberg*“ ist der richtige Zeitpunkt dem globalen Engagement des Landes mehr Nachhaltigkeit und Nachdruck zu verleihen.

Die SPD-Landtagsfraktion setzt hierfür auf diesen Dreiklang:

- Ein neues Verständnis von „Entwicklungszusammenarbeit“
- Vertiefung der globalen Solidarität und Verantwortung in unserem Handeln
- Verstetigung des baden-württembergischen Engagements für globale Solidarität und Verantwortung

1. Ein neues Verständnis von „Entwicklungszusammenarbeit“

Internationale Zusammenarbeit ist keine eindimensionale Hilfe des Globalen Nordens an den Globalen Süden, sondern unsere gemeinsame Verantwortung für eine gute, nachhaltige Zukunft unserer Welt. Ein Bewusstsein dafür ist in der Gesellschaft und Politik zu stärken.

- Ganzheitlich gedachte Entwicklungspolitik heißt: „*Politik für globale Solidarität und Verantwortung*“
- Entkolonialisierung: Aufarbeitung der Kolonialgeschichte und kolonialer Denkmuster
- Bewusstseinsstärkung: Stärkung der „*Bildung für Nachhaltige Entwicklung*“ (BNE)

2. Vertiefung und Implementierung der globalen Solidarität und Verantwortung in unserem Handeln

Viele Menschen in Baden-Württemberg engagieren sich bereits ehren- und hauptamtlich für globale Solidarität und Verantwortung. Dieser Einsatz ist zu würdigen und im Ausbau zu unterstützen. Ziel ist, bestehendes Engagement zu festigen und neue Energie und Begeisterung zu mobilisieren.

Das schlagen wir vor:

- Landesministerium für Europa und globale Solidarität und Verantwortung

- Landespartnerschaft mit Burundi: *Partnerschaften der Partnerschaft* weiter stärken und die Verwirklichung der gemeinsamen Ziele insbesondere von Frieden, Demokratie und Menschenrechten auf politischer Ebene konsequent vorantreiben
- Fair Trade: Stärkung Ausbau des nachhaltigen Konsums insbesondere bei Beschaffungen im Land und den Kommunen
- Visa & Studiengebühren: Abbau von Hemmnissen und Zutrittsbarrieren für internationale Partnerschaften und Kooperationen

3. Verstetigung unseres Engagements für globale Solidarität und Verantwortung

Baden-Württembergs Engagement für globale Solidarität und Verantwortung wird von der Vielfalt seiner Projekte getragen. Die Finanzierung dieser durch das Landesprogramm „*bwirkt!*“ fördert die Qualität und Innovationskraft der Zusammenarbeit. Die doppelte Begrenzung der zur Verfügung stehenden Mittel (quantitativ wie temporal) gefährdet oftmals erfolgreiche Kooperationen. Hier gilt es, die Ressourcen nachhaltig zu verstetigen.

- Finanzielle Ressourcen: Haushaltsmittel konsequent ausbauen und dabei anwachsende Teile strukturell verfestigen
- Personelle Ressourcen stärken: langjährige Projektstellen institutionalisieren, strukturell gesicherte Personaldecke für globale Solidarität und Verantwortung in Baden-Württemberg sicherstellen
- Migrantisch-diasporisches know how von enormer interkultureller Kompetenz und Wissen gilt es in allen Bereichen unseres Landes aktiv einzubinden

Wir verstehen Baden-Württemberg als aktiv handelnd sowie ermöglichend in der Politik für globale Solidarität und Verantwortung. Wie dieses Engagement aus sozialdemokratischer Sicht gestaltet werden soll, zeigen wir in unserem Positionspapier detailliert auf: [Unsere-Politik-fuer-globale-Solidaritaet-und-Verantwortung.pdf \(spd-landtag-bw.de\)](#)



Unsere Politik für globale Solidarität und Verantwortung

Die Klimakrise, der Ressourcenverbrauch, das Artensterben sowie die Folgen der Corona-Pandemie und des völkerrechtswidrigen Angriffskrieges auf die Ukraine wirken weltweit und sind nur von der Weltgemeinschaft insgesamt zu lösen. Auf diese aktuellen Herausforderungen unserer Zeit kann es nur eine globale Antwort geben.

Das Land Baden-Württemberg muss im Bereich der Entwicklungspolitik aktiv handelnd und ermöglichend Teil dieser Antwort sein. Wie dieses Engagement aus sozialdemokratischer Sicht zu gestalten ist, zeigt dieses Positionspapier auf.

Ausgangslage

Mit den „*Entwicklungspolitischen Leitlinien*“ hat sich Baden-Württemberg 2013 zu einem partnerschaftlichen Miteinander mit dem Globalen Süden bekannt. Die Nachhaltigkeitsziele (*Sustainable Development Goals - SDGs*) der Vereinten Nationen bekräftigen diesen gemeinschaftlichen Ansatz auf höchster Ebene. In der Landespartnerschaft mit Burundi leben die Akteur:innen dieses Miteinander seit vier Jahrzehnten erfolgreich auf Augenhöhe.

Vielfältige Akteur:innen in Vereinen, Initiativen, Kirchen, Bildungseinrichtungen oder den Weltläden gestalten in Baden-Württemberg aktuell Entwicklungszusammenarbeit. Getragen wird dieses Engagement vom Ehrenamt, dessen zahlreiche Aktive im Landesnetzwerk *Dachverband Entwicklungszusammenarbeit Baden-Württemberg (DEAB)* organisiert sind. Die Eine-Welt-Fachpromotor:innen sowie die Interkulturellen Promotor:innen dienen als wichtige Multiplikator:innen, die diesen Einsatz stärken und vernetzen. Die Teilnehmenden der EU-Kampagne *Mindchangers* übernehmen diese wichtige Aufgabe für und mit der jungen Generation.

Für das Land verantwortet die landeseigene *Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit Baden-Württemberg (SEZ)* die Umsetzung der Leitlinien von 2013. Hierfür fördert die SEZ das zivilgesellschaftliche und kirchliche Engagement und Projekte – organisatorisch, strukturell und finanziell. Für letzteres stehen ihr die drei Förderlinien (*Inland, Ausland und Burundi*) des Landesprogramms „*bwirkt!*“ zur Verfügung.

Inhaltlich und strategisch berät der *Rat für Entwicklungszusammenarbeit (REZ)* die Landesregierung in ihrem globalen Handeln.

Als Sozialdemokrat:innen sind Teilhabe und Gleichstellung für uns untrennbar miteinander verbunden. Frauen stehen daher besonders im Fokus unserer Entwicklungspolitik. Denn wir wissen, „*die Sicherung des Friedens, die Erhaltung einer lebenswerten Umwelt wie auch die Überwindung von Armut, Elend und Ungerechtigkeit erfordern gleichberechtigte Mitbestimmung*“

der Frauen in allen Lebensbereichen, insbesondere auch in politischen Entscheidungsprozessen.“¹
Diese Überzeugung der damaligen Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Heidemarie Wieczorek-Zeul (SPD) erneuerte ihre Nachfolgerin Svenja Schulze (SPD) 2023 mit dem Konzept der feministischen Entwicklungspolitik.

Unsere Antworten

Zehn Jahre nach Verabschiedung der „*Entwicklungspolitischen Leitlinien*“ und den dramatischen Veränderungen in der Welt müssen wir die Entwicklungspolitik Baden-Württembergs neu justieren und ihr mehr Nachhaltigkeit und Nachdruck verleihen.

Dabei setzt die SPD-Landtagsfraktion auf einen Dreiklang:

- Ein neues Verständnis von „Entwicklungszusammenarbeit“
- Vertiefung der globalen Solidarität und Verantwortung in unserem Handeln
- Verstetigung des baden-württembergischen Engagements für globale Solidarität und Verantwortung

1. Ein neues Verständnis von „Entwicklungszusammenarbeit“

Bereits mit den „*Entwicklungspolitischen Leitlinien für Baden-Württemberg*“ erfolgte 2013 ein Paradigmenwechsel im Selbstverständnis der Entwicklungszusammenarbeit. „*In der Entwicklungspolitik geht es nicht mehr allein um die Hilfe vom reichen Norden in den armen Süden. Auch wir im Norden müssen uns weiterentwickeln*“², betonte der zuständige Landesminister Peter Friedrich (SPD) damals.

1.1 Politik für globale Solidarität und Verantwortung

Internationale Zusammenarbeit ist keine eindimensionale Hilfe des Globalen Nordens an den Globalen Süden, sondern unsere gemeinsame Verantwortung für eine gute, nachhaltige Zukunft der Welt – sie ist keine Kür, sondern Pflicht. Sie ist *die* Zukunftsaufgabe der Politik. Dabei können wir weltweit voneinander lernen, etwa von Ecuador, das in seiner 2008 verabschiedeten Verfassung das indigene Prinzip des „*guten Lebens*“ zum Staatsziel erhob, oder von Kenia, dessen Strombedarf bereits zu rund 90 Prozent aus erneuerbaren Energien gedeckt wird.

Diese Überzeugung wollen wir in Gesellschaft und Politik stärken. Denn richtiges Handeln beginnt mit dem entsprechenden Bewusstsein. Wir müssen die Dekolonialisierung unseres Denkens vorantreiben, die (bisherigen) Auswirkungen unseres Wirkens insbesondere auf den Globalen Süden anerkennen und partnerschaftlich ein gewinnbringendes Miteinander für alle schaffen.

In der Überzeugung, dass sich alle Menschen für eine gute Zukunft verändern müssen und wir nur im globalen Zusammenhalt unsere Ziele erreichen werden, geben wir unserer

¹ Heidemarie Wieczorek-Zeul, Vorwort, in: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Hrsg.), *Frauen bewegen die Welt*, Berlin 2000, S. 1.

² „*Landesregierung beschließt entwicklungspolitische Leitlinien*“, Pressemitteilung vom 05.02.2013



Entwicklungspolitik einen neuen Namen: „*Politik für globale Solidarität und Verantwortung*“. Nur so wird es gelingen, die oftmals noch immer tief verfestigten Bilder von „*Entwicklungshilfe*“ oder vom „*armen Kontinent Afrika*“ endgültig zu überwinden.

Die SPD-Landtagsfraktion fordert daher die Betonung des partnerschaftlichen Miteinanders durch die Umbenennung der landeseigenen Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit Baden-Württemberg (SEZ) in Stiftung Globale Solidarität und Verantwortung Baden-Württemberg zu untermauern.

1.2 Aufarbeitung der Kolonialgeschichte

Zum Erbe der deutschen kolonialen Vergangenheit gehören nach wie vor Denkmuster, die nach Prinzipien von Trennung, Vermessung und Kategorisierung funktionieren; insbesondere die Andersmachung des „*Fremden*“. Hinzu kommen die gesellschaftliche Konstruktion von Unterschieden, eine kulturelle Hierarchisierung sowie die Darstellung Europas als alleinigem Maßstab für Denken, Handeln und „*Entwicklung*“ (Eurozentrismus).

Daraus haben wir den Auftrag, unsere Kolonialgeschichte aufzuarbeiten, sie in unserer Erinnerungskultur zu verankern sowie fortbestehende koloniale Denkmuster kritisch zu reflektieren. Denn „*die Wahrheit ist: Wenn es um die Kolonialzeit geht, haben wir sonst so geschichtsbewussten Deutschen allzu viele Leerstellen! Wir haben blinde Flecken in unserer Erinnerung und unserer Selbstwahrnehmung*“³, wie es Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier formuliert.

Dies gilt es zu überwinden. Es geht um ein neues Miteinander mit ehemals kolonialisierten Ländern. Wir müssen uns unserer historischen Verpflichtung stellen und die Kolonialgeschichte gemeinsam mit den betroffenen Ländern aufarbeiten. Baden-Württemberg leistet hierzu mit Landesprojekten wie der Provenienzforschung oder der *Namibia-Initiative* bereits erste Beiträge.

Die SPD-Landtagsfraktion fordert daher die Weiterentwicklung der bestehenden Initiativen, die Vermittlung einer kritischen Perspektive auf die Kolonialgeschichte im Schulunterricht sowie kolonialsensible Literatur in den Schulen.

1.3 Stärkung der „Bildung für Nachhaltige Entwicklung“ (BNE)

Unserer globalen Verantwortung werden wir nur als Gesamtgesellschaft nachkommen können. Daher ist es unabdingbar, das Bewusstsein für nachhaltiges Verhalten breit in der Bevölkerung zu verankern. Diese Aufgabe muss zu einem wesentlichen Teil in den Bildungseinrichtungen des Landes erfolgen – beginnend in den Kitas, über die Schulen und Hochschulen bis zur beruflichen sowie Erwachsenenbildung.

Seit dem Schuljahr 2016/17 ist das ganzheitliche Konzept „*Bildung für Nachhaltige Entwicklung*“ (BNE) in den Bildungsplänen der allgemeinbildenden Schulen in Baden-Württemberg verankert.

³ Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, Humboldt Forum Berlin, 22.09.2021

Schüler:innen sollen befähigt werden, informierte Entscheidungen zu treffen und verantwortungsbewusst zum Schutz der Umwelt, für eine funktionierende Wirtschaft und eine gerechte Weltgesellschaft für aktuelle und zukünftige Generationen zu handeln.

Seither entstanden Netzwerke, Unterrichtsmaterialien und Informationsplattformen für Lehrkräfte. Insbesondere das *Entwicklungspädagogische Informationszentrum (EPiZ)* unterstützt Bildungseinrichtungen, Lehrkräfte und Erzieher:innen sowie die Landesregierung vielfältig. Befragungen sowie Monitorings belegen einen Mehrbedarf.

Die SPD-Landtagsfraktion fordert daher die Stärkung der bestehenden Netzwerke, eine Verstärkung der Förderung des „Entwicklungspädagogischen Informationszentrums“ (EPiZ) sowie die zeitnahe Umsetzung des angekündigten Schulpreises „Bildung für nachhaltige Entwicklung BW“ (BNE). Die entsprechende Bereitstellung von Ressourcen zur Unterstützung der Schulen ist dafür Grundvoraussetzung; der Ausbau der Landeskoordination BNE dabei von großer Bedeutung und voranzutreiben.

2. Vertiefung und Implementierung der globalen Solidarität und Verantwortung in unserem Handeln

Viele Menschen in Baden-Württemberg bringen sich bereits ehren- und hauptamtlich für globale Solidarität und Verantwortung ein. Unser Land kann und muss diesen Einsatz weiter stärken. Dafür gilt es, bestehendes Engagement zu stärken und neues zu mobilisieren.

2.1 Politik für globale Solidarität und Verantwortung in den Fokus der Landespolitik

Politik für globale Solidarität und Verantwortung betrifft alle Politikbereiche von der Bildung, über den Klimaschutz, die Wirtschaft, Wissenschaft und den Sozialbereich bis hin zu den Finanzen. Entscheidungen aller Ministerien haben direkte Auswirkungen auf den Globalen Süden und die Welt. Politik für globale Solidarität und Verantwortung muss daher als Querschnittsaufgabe über alle Ressorts hinweg verstanden und gestaltet werden. Dem umfassenden Aufgabengebiet entsprechend kann erfolgreiche Politik für globale Solidarität und Verantwortung nur durch eine:n Minister:in nachhaltig gestaltet und im Regierungshandeln verankert werden.

Die SPD-Landtagsfraktion fordert daher die Schaffung eines Ministeriums für Europa und globale Solidarität und Verantwortung.

2.2 Landespartnerschaft mit Burundi

Die freundschaftlichen Verbindungen zwischen Baden-Württemberg und Burundi bestehen auf privater, zivilgesellschaftlicher und kirchlicher Ebene seit Jahrzehnten. Sie bilden das Fundament dieser „Partnerschaft der Partnerschaften“, die von zivilgesellschaftlichen sowie kirchlichen Projekten und Initiativen getragen wird. Mit dem Partnerschaftsabkommen zwischen der

Landesregierung von Baden-Württemberg und der Regierung der Republik Burundi wurde sie 2014 als Landespartnerschaft schließlich auf ein offizielles Niveau gehoben.

Beide Seiten bekräftigten seinerzeit *„ihre Bereitschaft, ihre freundschaftlichen Beziehungen und ihre Zusammenarbeit unter den Prämissen von Gegenseitigkeit, Partnerschaft und Respekt weiter zu vertiefen, mit dem gemeinsamen Ziel, eine nachhaltige globale Entwicklung, Frieden und weltweite Gerechtigkeit, Demokratie und Menschenrechte zu fördern“*.⁴

Die Aussetzung der Umsetzung des Partnerschaftsabkommens im politischen Bereich aufgrund der Unruhen, Kämpfe und Vertreibungen rund um die Wahlen von 2015 in Burundi und der darauffolgenden internationalen Isolierung des autokratischen Regimes war richtig. Die zivilgesellschaftlichen wie kirchlichen Beziehungen sowie die Arbeit der SEZ trugen die Partnerschaft über alle politischen Unwägbarkeiten fortlaufend hinweg.

Mit dem Wechsel im Amt des Präsidenten 2020 stabilisierte sich die politische Lage im Land. Évariste Ndayishimiye unternahm weitgehende Schritte der internationalen Öffnung, um die Isolation Burundis zurückzufahren. Anfang 2022 nahm die EU schließlich ihre Restriktionen zurück. Mit der Delegationsreise im Sommer 2023 auf Einladung der burundischen Regierung wurde seitens der Landesregierung erstmals seit 2014 wieder der politische Dialog aufgenommen.

Das jüngst eröffnete Verbindungsbüro der SEZ in Bujumbura bietet die Chance, Ankerpunkt der Partnerschaft in Burundi zu werden. Im Zusammenspiel mit dem Burundi-Kompetenzzentrum in Baden-Württemberg kann es die wichtigste und stabilste Brücke zwischen den Partnerländern werden und ein Ort des Dialogs, der Toleranz und der Freundschaft sein.

Aufbauend auf den bestehenden zivilgesellschaftlichen und kirchlichen Verbindungen sowie den jüngsten Gesprächen auf politischer Ebene gilt es nun das Partnerschaftsabkommen von 2014 mit Leben zu füllen – auf beiden Seiten. Während in vielen Projekten die gemeinsamen Ziele von Entwicklung, Demokratie und Menschenrechten im Fokus des Handelns stehen, muss dies auf offizieller Ebene noch deutlicher werden.

Insbesondere in diesen Zeiten der politischen Umbrüche auf dem afrikanischen Kontinent und erkennbarer geopolitischer Neuorientierungen vieler Regierungen kann die Landespartnerschaft eine Garantin und Stütze des Dialoges auf Augenhöhe mit dem Globalen Süden sein.

Die SPD-Landtagsfraktion fordert daher, die Partnerschaften der Partnerschaft weiter zu stärken und die Verwirklichung der gemeinsamen Ziele, insbesondere Frieden, Demokratie und Menschenrechte, auf politischer Ebene konsequent voranzutreiben.

2.3 Stärkung von nachhaltigem Konsum und Beschaffungen in Land und Kommunen

Verantwortungsbewusster Konsum wirkt regional wie global positiv für bessere Arbeitsbedingungen sowie Umwelt- und Klimaschutz. Den Konsument:innen kommt entsprechend große Verantwortung zu, fairen Handel zu fördern.

⁴ „Gemeinsame Erklärung über die Zusammenarbeit“ vom 16. Mai 2014

Die Bildungsarbeit für nachhaltige Entwicklung (BNE) sowie die bundesweit größte Fachmesse „fairhandeln“ stärken das Bewusstsein für nachhaltigen Konsum in Baden-Württemberg. Die Messe ist dazu eine wichtige Plattform des Dialogs und der Vernetzung.

Das Land als Konsument muss durch nachhaltige Beschaffungen seiner Verantwortung nachkommen und zugleich Vorbild sein. Das *Landestariftreue- und Mindestlohngesetz (LTMG)*, die *Verwaltungsvorschrift der Landesregierung für Öffentliche Beschaffungen (VwV Beschaffungen)* sowie die Nachhaltigkeitsstrategie setzen den rechtlichen Rahmen für die Berücksichtigung sozialer und umweltbezogener Aspekte bei Beschaffungen von Behörden und Betrieben des Landes. Dieses Vorhaben muss stringenter umgesetzt werden.

Die SPD-Landtagsfraktion fordert daher die Einrichtung einer zentralen Kompetenz- und Beratungsstelle „Nachhaltige Beschaffungen“.

2.4 Abbau von Hemmnissen für internationale Partnerschaften und Kooperationen

Partnerschaften auf Augenhöhe werden von persönlichen Begegnungen getragen. Zusammenarbeit und Miteinander bedingen die Möglichkeit des Aufenthalts im Partnerland für private, wissenschaftliche oder berufliche Zwecke. Daher ist es notwendig, bestehende Hürden für internationale Mobilität abzubauen.

Die SPD-Landtagsfraktion fordert daher die sofortige Abschaffung der Studiengebühren für internationale Studierende und verstärkte Initiativen der Landesregierung auf Bundesebene zur Erleichterung von Visa für Menschen aus dem Globalen Süden – insbesondere aus unserem Partnerland Burundi.

3. Verstärkung unseres Engagements für globale Solidarität und Verantwortung

Zahlreiche Menschen und Institutionen engagieren sich in Baden-Württemberg ehren- und hauptamtlich für globale Solidarität und Verantwortung. Die Landesregierung muss diesen vielfältigen Akteur:innen im Land verlässlicher Partner sein und ebensolche Rahmenbedingungen schaffen, damit diese ihre so wertvolle Arbeit nachhaltig fortsetzen und intensivieren können.

3.1 Finanzielle Ressourcen

Noch in ihrem Entwurf für den Haushalt 2022 sah die Landesregierung eine Halbierung der Haushaltsmittel für „*Entwicklungspolitik*“ vor. Mit einem gemeinsamen Antrag verhinderten die SPD-Landtagsfraktion und die Regierungsfractionen diese Kürzung.

Mit dem Programm „*bwirkt!*“ und seinen drei Linien „*Inland*“, „*Burundi*“ und „*Ausland*“ existiert in Baden-Württemberg ein gutes und stark nachgefragtes Instrument der Förderung im Bereich der globalen Solidarität und Verantwortung. Die Bereitschaft zu Projekten und Initiativen mit dem Globalen Süden ist im Südwesten so groß, dass alle Programmlinien regelmäßig überzeichnet sind und somit erfolgsversprechende Projektideen nicht realisiert werden können.

Projektmittel fördern die Innovationskraft in der Zusammenarbeit und sind entsprechend von großer Bedeutung. Zugleich gefährdet ihre zeitliche Begrenzung die Verstetigung erfolgreicher Partnerschaften und deren Weiterentwicklung aufgrund finanziellen Drucks und Ressourcenbindung im Bereich der Antragstellung. Die Etablierung der sog. „Cluster“ in der Entwicklungszusammenarbeit hat zur strukturellen Förderung wichtiger Projekte wie bspw. dem Agroforst-Projekt geführt. Diesen Weg der Verstetigung gilt es konsequent fortzuführen.

Die SPD-Landtagsfraktion bekennt sich zur globalen Solidarität und Verantwortung des Landes und fordert, die Haushaltsmittel in diesem Bereich konsequent auszubauen und einen anwachsenden Anteil strukturell zu verstetigen.

3.2 Personelle Ressourcen

Das große ehrenamtliche Netzwerk von Akteur:innen für globale Solidarität und Verantwortung in Baden-Württemberg wird von den Hauptamtlichen in Institutionen, Organisationen und Einrichtungen getragen. Eine Vielzahl dieser Angestellten arbeitet in Projektstellen, oftmals seit vielen Jahren ohne perspektivische Sicherheit. In Zeiten des Arbeitskräftemangels birgt dies die Gefahr, dass es vermehrt zu Wechseln oder unbesetzten Stellen kommt. Wissens- und Erfahrungstransfer werden dadurch geschwächt.

Die SPD-Landtagsfraktion fordert, langjährige Projektstellen zu institutionalisieren und somit eine strukturell gesicherte Personaldecke für globale Solidarität und Verantwortung in Baden-Württemberg unabhängig von der Kassenlage sicherzustellen.

3.3 Stärkere Einbindung des migrantisch-diasporischen Know-hows

Rund ein Drittel der Baden-Württemberger:innen haben einen Migrationshintergrund. Diese Menschen mit ihrer enormen interkulturellen Kompetenz und ihrem Wissensschatz gilt es in allen Bereichen unseres Landes einzubinden. Für unser Handeln im Bereich der globalen Solidarität und Verantwortung können sie wichtige Akteur:innen, wertvolle Brückenbauer:innen und authentische Ansprechpartner:innen sein. Gemeinsam mit den migrantisch-diasporischen Organisationen leisten sie einen unverzichtbaren Beitrag – auch für Integration und die Bekämpfung von Rassismus. Sie sind ein wesentlicher Baustein des Zusammenhalts unserer Migrationsgesellschaft.

Gefördert und vernetzt wird dieses Engagement aktuell von den fünf Interkulturellen Promotor:innen des *Interkulturellen Promotor:innen Programms (IKPP)* Baden-Württemberg sowie von zwei Eine-Welt-Fachpromotor:innen des Landes und Bundes.

Die SPD-Landtagsfraktion fordert die nachhaltige Förderung migrantisch-diasporischen Engagements, insbesondere mit Blick auf die unverzichtbare Arbeit der Promotor:innen.